

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 10. Dezember 2007

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 10. Dezember 2007 beschlossen:

Leitlinien Liberaler Entwicklungspolitik

Die FDP bekennt sich zu den Verpflichtungen, die Deutschland im Rahmen der langfristigen Ziele (Millenium Development Goals) der Vereinten Nationen eingegangen ist. Diese können indessen nur erreicht werden, wenn auch in den sich noch entwickelnden Ländern die Erfahrungen berücksichtigt werden, die den bereits entwickelten Ländern Demokratie, Wohlstand und Menschenrechte ermöglicht haben.

Fernziel guter Entwicklungspolitik ist, sich durch ihren Erfolg selbst überflüssig zu machen. „Wohlstand für alle“ ist das Ziel, „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist der Weg. Es gilt, die Armutursachen zu bekämpfen und den Menschen ein Leben in Würde und Freiheit zu ermöglichen! Grundlage einer dauerhaften Entwicklung sind die Freiheit des Einzelnen, die Einhaltung der Menschenrechte, äußere und innere Sicherheit, eine funktionierende soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Nur Länder, die ihre Politik an diesen Grundsätzen ausrichten, haben eine Chance, die Armutursachen nachhaltig zu beseitigen.

I. Grundsätze liberaler Entwicklungspolitik

1. Unser Leitbild: Die liberale Gesellschaftsordnung

Der liberale Gesellschaftsentwurf stellt das Individuum mit seiner unveräußerlichen Menschenwürde sowie seine Ziele und Wünsche in den Mittelpunkt. Zur Entfaltung dieses Potentials braucht der Mensch Freiheit. Entwicklungspolitik muss deshalb auch dazu dienen, Menschen mehr Freiheit zu ermöglichen. Dazu zählen vor allem die traditionellen individuellen Menschenrechte, nicht zuletzt auch das häufig bestrittene und beschnittene Recht auf Eigentum. Die Menschenrechte sind universal gültig. Die Entwicklungspolitik muss zu ihrer Stärkung beitragen und darf sie anderen Zielen und Wertevorstellungen niemals opfern.

Neben Freiheit brauchen die Menschen Rechtsstaatlichkeit. Sie ist das wichtigste Schutzinstrument der Armen. Wo es an Rechtsstaatlichkeit fehlt, müssen sich die Armen in Abhängigkeiten begeben, die ihre wirtschaftlichen und politischen Freiheiten beschränken oder ganz unmöglich machen.

Wirtschaftliche Entwicklung braucht den Markt. Wo er fehlt, gibt es keinen wirtschaftlichen Erfolg. Erfolgreich sind nur jene Staaten, die ein hohes Maß an wirtschaftlicher Freiheit erlauben. Die Entwicklungspolitik muss daher den Aufbau funktionierender sozialer Marktwirtschaften zum Ziel haben, wenn sie die Armut und ihre Ursachen dauerhaft beseitigen will.

Eine funktionierende Demokratie schließlich ist zugleich der beste Schutz gegen Ausbeutung und Zweckentfremdung von Hilfsleistungen, mithin eine wesentliche Voraussetzung für nach-

haltige Hilfe. Sie öffnet zudem traditionell benachteiligten Gruppen die Möglichkeit politischer Partizipation.

2. Gute Regierungsführung („Good Governance“)

Gute Regierungsführung durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit muss im Mittelpunkt aller Entwicklungsbemühungen stehen. Ohne gute Regierungsführung versickert ein Großteil der geleisteten Hilfe. Entwicklungszusammenarbeit an gute Regierungsführung zu binden ist daher nicht Auswuchs neokolonialistischer Bevormundung, sondern Ausdruck der globalen Verantwortung der Weltgemeinschaft.

3. Globalisierung als Chance für Entwicklung

Die Globalisierung birgt nicht nur Risiken, sie bietet auch Chancen zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit, Menschenrechten und sozialer Marktwirtschaft. Globalisierung ist mehr als Handel: sie deckt gute und schlechte Politik auf, ermöglicht die Transparenz der politischen und gesellschaftlichen Systeme und damit zur Durchsetzung von Menschenrechten, zum Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen und zu Wohlstand für alle. Die Ausbreitung von Freiheit, Menschenrechten, Demokratie, sozialer Marktwirtschaft und Wohlstand ist daher die zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik im Rahmen der Globalisierung.

II. Entwicklungspolitische Handlungsfelder

1. Priorität für Afrika

Entwicklungspolitik muss sich auf die schwächsten und ärmsten Länder konzentrieren. Afrika wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt und muss wieder ein regionaler Schwerpunkt werden. Dabei müssen sich alle Maßnahmen an der Eigenverantwortung der afrikanischen Länder und Institutionen ausrichten. Die Mittel müssen gezielt zur Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen eingesetzt werden. Die Afrikanische Union muss bei der institutionell vereinbarten gegenseitigen Beobachtung und Bewertung der Regierungsführung durch ihre Mitgliedsländer („Peer Review Mechanism“) nachdrücklich unterstützt werden.

2. HIV/Aids bekämpfen

Die Bekämpfung der großen Epidemien, insbesondere von HIV/Aids, hat eine hohe Priorität. Die Linderung der Krankheitsfolgen und die Kosten der Vorbeugungskampagnen überfordern die Entwicklungsländer. Es gilt deshalb Haushaltsmittel zugunsten der Aids-Bekämpfung umzuschichten. Jeder Euro, den wir hier heute „einsparen“, kostet schon in wenigen Jahren ein Vielfaches. Dabei ist auch die bisher vernachlässigte „frauenbestimmte“ Prophylaxe von zentraler Bedeutung.

3. Frauenrechte stärken

Eine nachhaltige Entwicklung erfordert die gleichberechtigte Beteiligung der Frauen in rechtlicher, sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht. Hierzu müssen vielfach traditionell gewachsene Barrieren durch Überzeugungsarbeit überwunden und der Zugang zu den Produktionsmitteln erleichtert werden. Besondere Bedeutung kommt der Bildung von Frauen zu, sie ist wegen ihrer mittelbaren Folgewirkungen (bessere Umwelt- und Gesundheitsbedingungen in der Familie, höherer Bildungsstand der Kinder) die wichtigste Einzelinvestition in den Entwicklungsländern (so zutreffend die Weltbank).

4. Bildung

Armut und Bildungsarmut hängen untrennbar zusammen. Der Aufbau eines für alle zugänglichen Grundbildungswesens ebenso wie die weiterführende und berufsbezogene Bildung sind Grundbestandteile des Entwicklungsprozesses und Voraussetzung für den Aufbau von Justiz

und sozialer Marktwirtschaft sowie die Einrichtung eines funktionierenden demokratischen Systems. Der Zugang zur weiterführenden Bildung muss dabei für Männer und Frauen diskriminierungsfrei möglich sein.

5. Reformen für die Wirtschaft der Entwicklungsländer

Die klassische Entwicklungspolitik der Geberländer sieht Arme immer noch vorrangig als Problem und weniger als Teil der Lösung. Nur wenn aber das Potential der Armen als wirtschaftlicher Faktor ernst genommen wird, kann nachhaltige Entwicklung aus eigener Kraft gelingen. Voraussetzungen sind dabei der Abbau der bürokratischen Hemmnisse, die die Wirtschaft der Armen in die Illegalität drängen, aber auch die Gewährung und Gewährleistung von Eigentumsrechten mit klaren Rechtstiteln.

6. Wachstum der Weltbevölkerung

Das schnelle Bevölkerungswachstum bedeutet für viele Entwicklungsländer eine besondere Herausforderung. Es verstärkt das Problem der Unterernährung und bewirkt in deren Folge meist auch einen Raubbau an der Natur, der die Situation zusätzlich verschärft. Hierfür gibt es eine Reihe von Ursachen, wie z.B. niedriges Bildungsniveau, vor allem Bildungsarmut bei Frauen, kulturelle Traditionen und auch das Fehlen von Versorgungssystemen. Deshalb ist wirtschaftliche Entwicklung so wichtig, weil alle Erfahrungen zeigen, dass mit zunehmendem Wohlstand das Bevölkerungswachstum abnimmt.

7. Umwelt und Nachhaltigkeit

Ein verantwortungsloser Raubbau an natürlichen Ressourcen, Umweltverschmutzung sowie Armut und soziale Spannungen waren und sind vor allem in solchen Ländern zu beobachten, in denen es keine freiheitlichen Strukturen für Markt und Gesellschaft gibt. Unter ökologisch verantwortbaren Rahmenbedingungen müssen die Kräfte des Wettbewerbs auch auf den internationalen Märkten in den Dienst der Nachhaltigkeit gestellt werden. Dabei dürfen keine hemmenden ideologischen Vorgaben, wie z.B. der Kampf gegen die Grüne Gentechnik, gemacht werden. Stattdessen sollten konsequent marktwirtschaftliche Instrumente genutzt werden, wie sie im Kyoto-Protokoll vorgesehen sind.

8. Landwirtschaft und Kleingewerbe

Landwirtschaft und Kleingewerbe sind Grundbausteine der Hunger- und Armutsbekämpfung und Voraussetzung für ein breitenwirksames Wachstum armer Länder, denn die Wertschöpfungskette beginnt immer in diesen Sektoren einer Volkswirtschaft. Landlosen muss ermöglicht werden, das katastermäßig verbrieftete Besitzrecht an Land zu erwerben. Das Kleingewerbe muss, beispielsweise durch Mikrofinanz- und Mikroversicherungsprogramme, gefördert und der Kleinfischereisektor sowie die Forst- und Weidewirtschaft müssen unterstützt werden.

9. Sicherheit und Entwicklung

Die FDP setzt sich für eine enge Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ein. Liberale Entwicklungspolitik will deshalb ein besonderes Augenmerk auf aktuelle und potentielle Krisenregionen richten und im Schulterschluss mit der Sicherheitspolitik gezielt jene Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen unterstützen, die für Ressourcengerechtigkeit, für Wege der Gewaltfreiheit sowie der religiösen und kulturellen Toleranz und der pragmatischen Zusammenarbeit eintreten. Rechtsstaatlichkeit und Sicherung der Menschenrechte sind nicht möglich ohne gut ausgebildete und den Rechten des Einzelnen verpflichtete Justiz und Polizei.

10. Entwicklungsstrategien aus einem Guss

Entwicklungspolitik darf nicht isoliert betrieben werden, sondern muss eingebettet sein in eine kohärente Außen-, Sicherheits-, Außenwirtschafts-, Rechts-, Agrar-, Energie- und Umweltpolitik. Die Zersplitterung dieser Aufgaben auf verschiedene Ministerien und Durchführungsorganisationen führt zu unnötiger Bürokratie und überfordert die Empfängerländer.

Derzeit werden etwa die Not- und Katastrophenhilfe sowohl durch das Auswärtige Amt als auch durch das BMZ gewährt, was zu Verzögerungen und Reibungsverlusten und beim Übergang von der Not- und Katastrophenhilfe zur längerfristigen Hilfe häufig zu Versorgungslücken führt. Die Zusammenlegung von BMZ und Auswärtigem Amt wäre ein erster Schritt, dieser Zersplitterung entgegenzuwirken und die Steuerungsfähigkeit der Politik zu erhöhen.

11. Die Reform der Entwicklungspolitik der EU fortführen

Als weltweit größte Geber müssen Deutschland und die EU um größte Effektivität und Qualität der Entwicklungszusammenarbeit bemüht sein. Der von der EU im Jahr 2000 eingeleitete Reformprozess muss zu einer klaren Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union führen. Die Entwicklungspolitik der EU und die nationalen Entwicklungspolitiken sollen bei Auswahl der Themen und Länder koordiniert werden. Insbesondere muss der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) in den EU-Haushalt integriert und damit parlamentarischer Kontrolle unterworfen werden.

12. Schwellenländer neu bewerten

Entwicklungspolitik muss sich daran messen lassen, ob sie mit den knappen Mitteln maximalen Erfolg erreicht. Daher müssen Schwellenländer, die sich selbst helfen können, schrittweise aus den Entwicklungsprogrammen entlassen werden. China und Indien beispielsweise haben einen besseren Zugang zu den Kapitalmärkten der Welt als Deutschland, die Zusammenarbeit mit ihnen wie auch mit den anderen Schwellenländern sollte daher auf die technische Zusammenarbeit bei angemessener Eigenbeteiligung konzentriert werden. Die knappen Finanzmittel der Geberländer sollten den wirklich Bedürftigen vorbehalten sein.

13. Keine Neuverschuldungen oder zusätzliche Steuern

Versteckte Steuer- und Abgabenerhöhungen unter dem Vorwand der Entwicklungszusammenarbeit wie etwa „Flugticketabgaben“ lehnen wir Liberalen ebenso ab wie die so genannten „Internationalen Finanzinnovationen“. Es handelt sich dabei nicht um Innovationen, sondern um neue Schulden. Die Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland lässt es aber nicht zu, dass noch weitere Schulden angehäuft werden. Die deutsche wie auch die EU-Entwicklungspolitik haben es in der Hand, stattdessen durch Reformen ihrer Instrumente den Wirkungsgrad ihrer Entwicklungspolitik wesentlich zu erhöhen.

14. Qualität vor Quantität: ODA-Quote nicht überbewerten

Die deutsche staatliche Entwicklungshilfe, die so genannte ODA-Quote, betrug 2006 0,33% des Bruttonationaleinkommens und damit rund die Hälfte des langfristig angestrebten Ziels von 0,7%. Wir stehen zu den Millennium Development Goals (MDGs) der Vereinten Nationen, auch wenn Deutschland das Gesamtvolumen seiner Hilfsleistungen nur schrittweise erhöhen kann. Die Quotendiskussion darf nicht den Blick dafür verstellen, dass nicht allein die staatliche Entwicklungshilfe, sondern vor allem freier Handel und wirtschaftliche Entwicklung die entscheidenden Hebel für Wohlstandsgewinne in der Welt sind.

Fazit:

Für Liberale steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen und unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt der Politik. Wir sehen aber auch die Pflichten des Einzelnen, auch die des Bedürftigen, das ihm Mögliche selbst zu tun, damit genug für andere bleibt, die ebenfalls der Hilfe

bedürfen. Liberale begrüßen das Potenzial entwicklungspolitisch interessierter und engagierter Bürger. Wir befürworten die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Betätigung der politischen Stiftungen, Kirchen und NGO´s und unterstützen den Abbau überdimensionierter staatlicher Strukturen. Liberale Entwicklungspolitik vertraut auf die Stärken der Menschen und unterstützt sie darin, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern. Sie setzt auf Eigeninitiative statt auf Bevormundung, um Freiheit zu ermöglichen anstatt neue Abhängigkeiten zu schaffen. Mit ihrem Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Menschen in den Entwicklungsländern stehen Liberale gegen deren Geringschätzung durch die Entwicklungspolitik, die sich als Fürsorge tarnt und ihre Leistungsbereitschaft und ihren Gestaltungswillen missachtet. Eine Welt, in der Menschen nicht mehr Hunger leiden, ist möglich, wenn man den Menschen erlaubt und ihnen ermöglicht, für sich selbst zu sorgen.